

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Verlag des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ löst in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 6.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die gespaltene Kompartimente über deren Raum mit Mk. 2.—, die Reklamezeile mit Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gleichlicher Verbreitung fällt keiner Rabatt fort.

Gebründet 1878. — Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. — Gebründet 1878.

Nr. 52

Nastätten, Donnerstag, den 4. Mai 1922

45. Jahrgang

Maisfreuden — Maisorgen.

Selbst im Mai 1914, als der Weltkrieg nur noch drei Monate entfernt war, lag über Europa nicht eine solche Mellemung wie heute. Es fehlte damals nicht an Leuten, welche den Zusammenstoß in Nähe erwarteten, aber sie rechneten damit, daß er wie ein Gewitter die Luft reinigen und wieder ruhige Verhältnisse für Handel und Handel schaffen werde. Das acht Jahre später die Zustände in unserem Erdteil noch schlimmer sein würden, als damals, daß konnte niemand ahnen, und noch weniger, daß wenige Jahre nach einem großen Krieg von einer Wiederholung derselben ausprochen werden würde, wie es jetzt in Genua geschehen ist. Die Möglichkeiten von 1914 bestehen 1922 wieder, nur daß sich die Front geändert hat durch die deutsche Niederlage. Es sind nur Möglichkeiten, die höchstens keine Tatsachen werden, aber das alte Volkswort sagt: „Du sollst den Teufel nicht an die Wand malen.“

Als vor Jahren die Arbeiterparole durch die Welt klang: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ — galt sie den Meinungsverschiedenheiten im Arbeitsebenen. Es ist heute, nach mehreren Jahrzehnten, nicht zu einem solchen allgemeinen Brüche zwischen Unternehmern und Arbeitern gekommen; trotz allem, was die Menschheit erlebt hat, und es war schwer genug, hat sich die Erkenntnis stets von neuem durchgesetzt, daß die verschiedenen Faktoren auf einander angewiesen sind, wie Kapital und Hand, daß sie sich gegenseitig nicht entbehren können. Das ist die eigentliche Maisfreude gewesen, darin liegt die Hoffnung auf eine ständige Weiterentwicklung zum Guten in der Zukunft. Die Kontraste sind groß, aber die Einsicht, daß schließlich doch die Einigung die Voraussetzung der Existenz ist, bestätigt Schrecken, die sonst gefährlich werden könnten. Diese Einsicht tritt heute mehr und mehr hervor, wo feststeht, daß eine internationale Einigung der Arbeiter selbst in Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht herbeizuführen ist. Sonst wären die Maisorgen in Europa nicht so groß.

Als nach dem Weltkriege die Thronen zusammenbrachen, hat es wohl nicht an Menschen gefehlt, die felsenfest überzeugt waren, daß die Einigung aller Völker erzielt sei und daß hierbei die Arbeiter eine führende Rolle erlangen würden. Im politischen Leben Deutschlands ist der Arbeiterschaft eine hervorragende Stellung zuteil geworden, aber bei der Entente ist der Einfluß des früheren vierten Standes auf die Staatsgeschäfte gering, so gering, daß dort überhaupt kein erster Anlauf unternommen wurde, um Deutschland zu einem kleinen Bruchteil seines guten Rechts zu verhelfen. Keiner Arbeiter im Lager der Kriegsgegner wußte oder mußte wissen, daß Deutschland unter Voransetzung der 14 Punkte Wilsons den Waffenstillstand abgeschlossen hatte und daß uns diese Voransetzung nicht gehalten sind. Und wenn auch die französischen Arbeiter von einer Weltmaisfeier reden, so haben sie doch die Nede ruhig hingenommen, die der Ministerpräsident Poincaré im Pariser Frieden gehalten hat, und die alles andere eher bedeutet, als den Frieden in der Welt zu fördern.

Statt eines Bechers voll reiner Maisfreude und froher Lebenslust wird Europa ein Becher voll Sorgentropfen und unabsehbarer Zukunftsmöglichkeiten dargeboten. Niemand weiß, was da werden will. Wird das Unwetter, das Deutschland 1918 heimsuchte, auch die Ernte des Chauvinismus neigen, daß nach den mehr als vier Jahren wirtschaftlicher Misere sich kein Volk einen neuen Feldzug aufzwingen lassen wird, auch wenn seine Möglichkeit an die Wand gemalt wird. Es ist ja auch damit zu rechnen, daß sich hier noch ein Stück April weiter zeigte, daß den rauhen Wörtern wieder besänftigende Töne folgen werden, aber darüber gibt es keine Täuschung, daß in der Welt nicht weniger, sondern mehr Blutstropfen für eine Katastrophe auseinander ist als 1914.

Wo wir vermisst werden.

Unter den vielen unerfreulichen Ereignissen, die das Jahr 1922 schon abfacht hat, steht eine Tatsache fest, die uns zur Befriedigung gereicht, nämlich diejenige, daß die dicken Farben der Verleumdung und Entstellung, die während des Krieges und auch nachher noch in den Schilderungen der deutschen Verhältnisse von der Entente-

presse angewendet wurden, zu verblasen beginnen. Die Erkenntnis steigt auf, wie die heimliche Morgenröte, daß die deutsche Nation unmöglich eine solche von Unmenschen sein kann, wenn ohne ihr Gut um die Dinge in Europa nicht besser, sondern immer schlechter werden, und wenn man mit den Deutschen, so sagen die Schläue, die nie an die politischen Märchen geglaubt haben, so gute Geschäfte machen kann. Und die Entkräftigung der Lügen über Deutschland wird dadurch bestätigt, daß selbst Lloyd George wohl oder übel zugestehen muß, daß es ohne uns im europäischen Wirtschaftsleben nicht geht. Von hier bis zur Einsicht, daß auch die größte Lüge, die von der deutschen Kriegsschuld, nicht aufrecht zu halten ist, sollte eigentlich kein weiter Weg sein, aber man wird auf der Gegenseite alles aufstellen, dies Zuständnis, wenigstens in offizieller Form, zu verhindern, da mit ihm auch der Vertrag von Versailles steht und fällt. Ammerhin — „einst wird kommen der Tag.“

Leider hat in Genua kein fremder Staatsmann offen und kräftig auf den Konferenztag geschlagen und laut ausgerufen: „Es ist Zeit, daß wir Deutschland wieder als gleichberechtigt anerkennen, denn es wird schon in der Welt vermisst!“ Und vermisst werden wir, wenn auch verächtlich Anstrengungen gemacht werden, hohe Röcke gegen die deutsche Warenexportfestzulegen. Denn diese Röcke richten sich nicht gegen die deutschen Fabrikate an sich sondern gegen die durch die schlechten Verhandlungen herbeigeführten Preisnotierungen. Die Vertreter zahlreicher Branchen selbst in England und Frankreich sagen: „Man kann die deutschen Waren nicht entbehren, wenn man ein Geschäft machen will.“

Dass Rußland Deutschland benötigt, lehrt der Vertrag von Ravello. Es wird auch nicht lange dauern, dann werden die Polen und Tschechen dahinter kommen, daß mit Deutschland sich besser arbeiten läßt.

Am stärksten wird die veränderte Weltwirtschaft in Asien und in Südamerika empfunden. An beiden Stellen habe England bzw. die Vereinigten Staaten von Nordamerika am deutlichsten die Gewandtheit des deutschen Kaufmanns und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie empfunden. Auch die Japaner arbeiten, wo sie mit fremden Völkern zu tun haben, lieber mit den Deutschen, als mit den Engländern und Amerikanern. Noch mehr tun dies die Südamerikaner. Der Dollar hat in Brasilien, Argentinien, Peru, Chile tatsächlich gerollt, aber diese spanisch sprechenden Völker haben sehr bald erkannt, daß sie von dem biederem Onkel Sam tüchtig „eingespielt“ worden waren. Argentinien hatte sein Unabhängigkeitssgefühl von der Entente bekanntlich schon im letzten Herbst in der Tagung des Völkerbundsrates in Genf zum Ausdruck gebracht.

Deutschland wird im Wirtschaftsleben der ganzen Welt vermisst. Diese Tatsache steht fest.

Tschitscherin protestiert.

Drohung mit Zurückziehung.

Der Führer der russischen Delegation in Genua, Tschitscherin, hat an das Präsidium der Konferenz eine scharfe Note gerichtet, in der es heißt:

„Die russische Delegation wäre dankbar für eine Mitteilung über den Grund der Nichteinberufung der ersten Kommission und der politischen Unterkommission, ferner über das Datum ihres Wiederzusammensetzung.

Die Russen, nach denen eine dieser Kommissionen ohne Teilnahme Russlands einberufen sein soll, können offenbar nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen, denn an dieser Kommission nimmt Russland auf dem Fuß der Gleichberechtigung teil. Die Zusammenberufung der ersten Kommission ist um so wünschenswerter, als von der Konferenz fest beobachtete Methode in der russischen Frage unmöglich zu einem nützlichen Ergebnis führen kann und nicht in Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Cannes ist, die an erster Stelle die positiven Ziele des Wiederaufbaus und der finanziellen Hilfeleistung für die schwachen Länder im Auge haben. Mit diesem Gedanken muß ich bei dieser Gelegenheit zur Gestaltung bringen, daß keine

klare Antwort bei der russischen Delegation über den Vertrag der Räte eingegangen ist, die für den Wiederaufbau von Russland notwendig sind, obgleich deren Gewährung von der russischen Delegation als Voraussetzung und absolut unentbehrlich für das Abkommen bezeichnet wurden, dessen Plan in meinem Brief vom 20. April umrissen wurde.“

Die Note schließt mit den Worten: „Wenn das Ausbleiben einer Antwort darüber und die Unterbrechung dieses Teils der Arbeiten der Konferenz die Zurückziehung der Annahme meines Briefes vom 25. April als Basis der Verhandlungen durch die einladenden Mächte bedeutet zwei zu dann noch gewisse Grundideen in den Vorschlägen der russischen Sachverständigen vom letzten Montag des näheren ausgeführt werden sind, dann würde sich die russische Delegation nicht mehr durch meinen Brief vom 20. April gebunden fühlen und die russische Delegation würde dann wieder die Stellung einnehmen, die in dem russischen Memorandum ausgedrückt ist, und die ursprüngliche Haltung der russischen Delegation darstellt.“

Eisners Verrat.

Fälschungen, um Deutschlands Schuld am Kriege zu beweisen.

Zu dem Münchener Beleidigungsprozeß, den der frühere Sekretär Eisner, Reichenbach, angestrengt hat, wurde der Historiker Prof. v. Müller aus, daß es sich bei den von Kurt Eisner veröffentlichten Dokumenten wegen der vorgenommenen Streichungen nicht nur um eine objektive, sondern auch um eine subjektive Fälschung handle.

Den Höhepunkt der Vernehrnung bildete die Aussage des Legationsrats von Soden, der die verleugnete Abschrift des Lerschfeld-Briefes nicht für echt hielt. Eisner habe in einer Unterredung ausdrücklich gesagt, daß er durch den bekannten Professor Förster

in ständiger Füllung mit Clemenceau stehe und daß Clemenceau ihm auf diesem Wege habe wissen lassen, eine derart rücksichtlose Blockstellung der fröhlichen Macht habe bei der Schuld am Kriege bei der ersten Voraussetzung für eine wirkliche Verhüllung der Völker. Eisner habe wörtlich gesagt:

„Clemenceau, Lloyd George und Wilson sind alle drei die größten Idealisten (!!), die nicht daran denken, das deutsche Volk zu vernichten!“

Herr von Stockhammern habe darauf erklärt, daß Clemenceau sehr wohl die Absicht habe, Deutschland zu vernichten. Eisner sei aufgesprungen und habe dies für eine Aussicht der Gegenrevolution (!) erklärt und gesagt: „Ich habe das größte Vertrauen auf Entente und lasse mich darin nicht täuschen.“

Im Fortgang der Verhandlungen schickte Freiherr v. Berßner eindringlich die demütigende Behandlung, die ihm und den anderen Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation zuteil wurde. Der Geuge führte diese Behandlung großteils auf die Veröffentlichung Eisners zurück, da er auch in Privatgesprächen über die Kriegsschuldfrage öfter hören mußte „und Eisner?“

Die verhängnisvollen Entstellungen Eisners.

Als Sachverständiger gab General a. D. Graf Montgelas ein Gutachten ab über den von Eisner veröffentlichten Bericht des Pariser Botschafters v. Schön.

Aus dem Bericht habe Eisner gerade die Stellen fortgelassen, aus denen klar hervorgehe, daß die Berliner Bevölkerung den Krieg nicht wollte. Der gekürzte Bericht, bei dem eine ungemein schwere Entstellung der ganzen Tendenz vorliege, habe eine verhängnisvolle Wirkung auf das Ausland ausgeübt. Das Gesamtureil der Sachverständigen geht dahin, daß der Schönische Bericht an mehreren Stellen absichtlich, an einigen Stellen infolge mangelnder politischer Schulung und Kenntnisse des Bearbeiters derart entstellt worden sei, daß ein unparteiischer oder überwollender Leser daraus entneh-

men könnte, vielleicht sogar entnehmen mußte, Deutschland und Österreich eine Aktion gegen Serbien vereinbart in der Hoffnung, daß daraus ein europäischer Krieg entstehen würde. Der Bericht der Entente-Kommission lasse keinen Zweifel zu, welche bedenkliche Wirkung dieser Bericht auf die 14 Mitglieder der Kommission ausgeübt habe.

Die Schuld am Kriege.

Als dann verbreitete sich der Sachverständige in längeren Ausführungen über die Schuld am Ausbruch des Krieges und wies insbesondere die Stimmungsmache zurück, die heute noch gegen Deutschland wegen seiner Haltung auf der Haager Abschlußfestsitzung betrieben werde. Sehr eingehend beschäftigte er sich dann mit der Frage des österreichischen Ultimatums an Serbien, wobei er erklärte, daß nach seinen genauen Nachforschungen eine geheime Instruktion des deutschen Kaisers an den damaligen Staatssekretär v. Tschirschky nicht vorübergehen lassen sollte, ohne einen Schlag zu tun.

In dem Frechenbach-Prozeß in München läßt bei seiner weiteren Vernehrung der Sachverständige Graf Montgelas aus, die neuerdings in Ententekreisen vertretene Behauptung, Österreich habe am 21. Juli einen vollkommenen Rückzug angetreten, sei aber wider Willen von Deutschland zu um Krieg gegen zuungen worden, sei vollständig unwahr. Er wies dabei auf ein Telegramm des Kaisers Franz Joseph vom 21. Juli hin, das zu einer Zeit abgegangen sei, als in Deutschland gerade der Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt wurde, was in Wien nicht bekannt sein konnte. Der Inhalt dieses Telegramms stelle die Antwort auf ein Telegramm Kaiser Wilhelms dar, das den letzten Versuch enthielt, Österreich zur Annahme der Greifischen Vorschläge zu bewegen. Das Telegramm des österreichischen Kaisers habe auch bereits hervor, daß Österreich unmittelbar, nachdem es die Greifischen Vorschläge erhalten habe, auch einen Befehl empfangen habe, daß Russland an der österreichischen Grenze mobil gemacht habe. Beide Telegramme sind in der Darstellung der Entente unterschieden.

Über die Verhandlungsergebnisse des Untersuchungsausschusses des bayerischen Landtages berichtete dessen Vorsitzender, der demokratische Abg. Dr. Ditt. Besonders der Eisnerischen Publikation stellt sich der Sachverständige auf den Standpunkt, daß die Hervorhebung einzelner Bruchstücke nur dem Zweck dienen sollte, die Schuld Deutschlands am Kriege zu beweisen. Dieser Beweis ist vollkommen mißlungen. Er bezeichnet die Eisnerischen Veröffentlichungen als eine

völlige Irreführung der öffentlichen Meinung, die mit voller Absicht beweisen zu sein scheint. Auf die Wirkungen der Veröffentlichungen auf das Ausland zu sprechen kommen, hob Dr. Ditt besonders hervor, daß sich Barthou, der sich jetzt in Genua um den europäischen Frieden so bemüht, in der französischen Abgeordnetenkammer den Schönischen Bericht in Eisnerischer Fassung zum Mittelpunkt der Beweisführung gegen Deutschland erkoren habe.

Dr. Ditt bezeichnet es als ein überaus schweres Unglück für Deutschland, was 1918 von Kurt Eisner mit dem Schönischen Bericht getan wurde. Es sei, wie Scheidemann erklärte, ein Neulenschlag von schlimmster Wirkung gewesen.

Einige weitere diplomatische Sachverständige ergänzen die Ausführungen des ersten Sachverständigen. Sehr starke Kritik an Eisner übt u. a. der bekannte Historiker Prof. Hans Delbrück, der Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“. Er wies auf die seit 1842 bestehenden großbritischen Bestrebungen hin, die sich gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie richteten und ihren kräftigsten Stützpunkt in Russland hatten, was aus den von der Sowjetregierung veröffentlichten Altenischen Berichten hervorgehe. Es sei kein wahres Wort daran, daß Deutschland Österreich in den Krieg treiben wollte. Über die Veröffentlichungen Eisners hat Dr. Delbrück 1919 geschrieben, diese seien eine Schurkerei gewesen. Nachdem er heute durch den Gau-

der Gerichtsverhandlungen erfahren habe, daß Eisner Clemenceau, Lloyd George und Wilson als die größten Idealisten erklärt hat, müsse er jenes Urteil korrigieren und sagen, es sei nicht mehr Schurken zu nennen, wenn Eisner ein solcher Narr gewesen sei. Auf alle Fälle aber bleibt die Fälschung bestehen.

Selbst der gleichfalls als Sachverständiger vernommene bekannte Vaillist Prof. Guérde mußte zugeben, es liege bei den weggelassenen Stellen des Schoenischen Berichts zweifellos ein schwerer Fehler vom Standpunkt einer Aktionveröffentlichung aus vor. Die ausgelassenen Stellen seien nicht nur eine Entlastung für die deutsche Regierung, sondern zum Teil auch kompromittierend. Den Beweis für den Verdacht einer subtilen Fälschung des Berichts durch Weglassen der Stellen glaubt er allerdings als nicht erbracht ansehen zu dürfen.

Oberschlesien am Wendepunkt.

Ein Aufruf des Deutschen Ausschusses.

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat einen Aufruf zur Verbüßung der Bevölkerung erlassen, obgleich die Aussprache Einmütigkeit darüber ergab, daß ein in dieser Zeit von der Vertretung des deutschen Volkes erlassener Aufruf leicht mißdeutet werden kann. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Der Vollzug der Genfer Entscheidung über die Verstärkung Oberschlesiens steht vor. Die nationalen Leidenschaften sind heute entfacht. Kauftische und verbrecherische Menschen begehen Gewalttaten und schreien nicht zurück vor Mord. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens wenden sich in dieser schweren Stunde noch einmal an die deutsche Bevölkerung mit der eindringlichen Aufforderung, mutig und tapfer die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Wer zur Waffe greift, wer Ruhe und Ordnung stört, schadet seinen Volksgenossen und bringt neues Unglück über unser Land. Wer derartiges vollbringt oder unterstützt, stellt sich außerhalb der Gemeinschaft aller rechtsdenkenden Menschen. Die gesamte Bevölkerung muß einmütig sein in der Verurteilung solcher Taten und in dem Willen zur Ruhe und der Vernunft."

Bolzentrums über Oberschlesiens Autonomie.

Auf eine persönliche Anfrage schlesischer Abgeordnete beim Reichsminister Dr. Röster über die Stellung der Reichsregierung zur Autonomiefrage für Oberschlesien hat der Minister geantwortet, daß die Regierung ihr gegebenes Versprechen unbedingt halten wird und Deutsch-Oberschlesien noch in diesem Sommer voraussichtlich Gelegenheit haben wird, über die Art seiner Verwaltung zu entscheiden. Außer der Frage, ob Oberschlesien eine eigene preußische Provinz, selbständiges Land oder Reichsland werden sollte, nahm die Reichsregierung nicht Stellung, um keine Beeinflussung ausüben. Die Autonomieabstimmung wird vom Reiche geschützt werden.

Das polnische Bandenwesen.

In Antonienhütte trieb in einer der letzten Nächte eine Bande von 80 bis 100 Personen, die mit französischen, russischen und österreichischen Gewehren gut bewaffnet war, ihr Unwesen. Drei an der Hüttenstraße liegende Geschäfte, darunter ein Gastrau und ein Fleischwarengeschäft, wurden durch Handgranaten demoliert und ausgeraubt. Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden, da die Wache trotz der Verstärkung durch 22 Polizeibeamte zu schwach war, den Banditen entgegenzutreten, und obwohl einige von ihnen bekannt waren. Die Interessierte Kommission ist um Unterstützung gebeten worden, jedoch ohne Erfolg.

Reich und Länder.

Die Würzburger Finanzkonferenz.

In seiner Rede vor der Würzburger Finanzministerkonferenz über das finanzielle Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden führte Reichsfinanzminister Dr. Hermann weiter u. a. aus, daß trotz allem die finanzielle Lage der Länder immer noch besser sei als die des Reiches.

Der Schuldenstand des Reiches von etwa 5 bis 8000 Mark auf den Kopf der Bevölkerung wird in seinem Lande auch nur annähernd erreicht. Bei näherem Zusehen verschwinden aber auch die Fehlbeiträge der Voranschläge in den Haushaltungen der Länder zum allergrößten Teil, sobald man die Einnahmen aus den Überweisungssteuern mit den inzwischen erkennbar gewordenen wirklichen Beträgen einsetzt. Dazu kommt, daß die Möglichkeiten sparsamer Wirtschaftsführung einerseits mit restloser Ausschöpfung und eigener Hilfsquellen andererseits doch offenbar noch keineswegs überall voll erfaßt und mit dem gleichen Nachdruck ausgebaut werden.

In jedem Falle ist die

Lage der Gemeinden ganz wesentlich schwieriger als die der Länder.

Auch ihre Not darf nur gemessen werden an der Not des Reiches. Den ganzen schweren Ernst der Lage beleuchtet gerade schon die Tatsache, daß das Reich durch die Erhöhung der Beamtengehälter zu Zahlungen an die Länder und Gemeinden gezwungen worden ist, die einstweilen

noch ohne jede etatmäßige Deckung geleistet werden, obwohl sie jetzt schon etwa zwölf Milliarden im Jahre, d. h. mehr als die Hälfte aller Überweisungen aus den Reichsteuern betragen. Schon daraus ergibt sich die zwangsläufige Notwendigkeit, die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer eindrücklichen Nachprüfung zu unterziehen und ihre Neuregelung auf einer Grundlage anstreben, die allen Beteiligten die finanzielle Leistungsfähigkeit gewährleistet.

Es handelt sich hierbei im wesentlichen um zwei große Fragen. Die eine betrifft die Einnahmen der Länder und Gemeinden an eigenen Steuern und aus Anteilen aus den Reichsteuern, die andere dagegen die Zuflüsse, die Länder und Gemeinden aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter erhalten würden.

Mögen die jeweiligen Versprechungen dazu beitragen, den Geist der Einigkeit und des Vertrauens zu fördern, der es dem Reich und allen seinen Mitgliedern allein ermöglichen kann, aus schwerer Zeit gesiegt und gestärkt hervorzugehen."

Dollar und Getreidepreise.

Wochbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Nachdem in der Vorwoche die Getreidepreise im Anschluß an die Deutschenbewegungen auf und abgeschwankt, sich dabei aber doch noch einigermaßen behauptet hatten, begann mit dem Eintritt der siebten Beleidungsperiode ein erheblicher Preisrückgang, der bis zum Dienstag, den 25. April, anhielt und in scharfen Sprüngen die Preislage des Weizens von 763—770 auf 685—640 Mark, also um ca. 130 Mark pro Hektar, zurückdrückte. Der Grund war auch diesmal wieder der Dollar gewesen. Der Rückgang des Dollars führte die Rentabilität der Auslandsofferten herab und drückte dadurch um so mehr auf den Markt, als die Mühlen ohnehin durch das billige zweitändige Mehrlangebot sich von neuen Anmachungen in Geweide zurückhielten. Diese Sachlage führte aus dem Innlande die Inhaber von Ware stärker und zu erheblich nachlassenden Forderungen in den Markt.

Seit dem Dienstag nachmittag änderte sich indessen die Marktlage in krafter Weise, und zwar zeigte es sich wiederum, daß nur ein einziger Faktor, nämlich der Wert des Dollars, maßgebend für die Getreidepreise blieb, indem er wieder in die Höhe ging. Dementsprechend wurden auch die Getreidepreise wieder fest, weil alle noch im Markt befindlichen verhältnismäßig billigen Öfferten schon am Dienstag nachmittag beim Beginn der neuen Dollarsteigerung aus dem Markt genommen wurden und weiteres Angebot aus den Provinzen sich entweder ganz zurückzog oder beträchtliche Mehrforderungen stellte.

Für Rothenburg war der Preisrückgang nicht viel anders. Die Preise für märkischen Rothenburg ab Station liegen von 570 bis 575 auf 428 bis 430 nach und die Schlussnotiz war 520 Mark.

Deutsches Reich.

1. Neue Erhöhungen der Eisenbahn-Gütertarife ab 1. Juni werden augenblicklich im Reichsverkehrsministerium erwogen, die sämtliche Eisenbahn-Gütertarife umfassen und umgekehrt 20 Prozent betragen sollen. Diese Neuerhöhung der Gütertarife soll einen Ausgleich schaffen für die bevorstehende Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne, wodurch auch der Eisenbahnverwaltung erhebliche Mehrausgaben erwachsen. Die Personentarife sollen auch diesmal von einer Erhöhung verschont bleiben.

2. Beginn der Staatsberatungen im Reichstagssaal. Reichsfinanzminister Hermann ist von der Würzburger Finanzministerkonferenz der Einzelstaaten nicht nach Genua zurückgekehrt, sondern hat sich nach Berlin begeben, um am Dienstag den Parteiführern Mitteilungen über seine Eindrücke in Genua zu machen und am Mittwoch an der Beratung des Reichsfinanzministeriums im Hauptsaal des Reichstages teilzunehmen. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird voraussichtlich in der kommenden Woche zusammenkommen, um die deutsch-polnischen Vereinbarungen über Oberschlesien zu beraten.

3. Die gleitende Skala für die Beamtengehälter. Der Beamtentauschuss des Preußischen Landtages nahm einstimmig eine Entschließung an, daß die Forderungen der Spitzenorganisationen berechtigt seien.

Ausland.

Frankreich.

1. Paul Deschanel. In Paris ist der frühere französische Präsident Deschanel an den Folgen einer Grippe und Lungenentzündung gestorben. Paul Deschanel (geb. 1857), kam schon in jungen Jahren, als Sohn eines französischen Gelehrten, in die Kammer, wo er bald durch glänzende Verdienstleistung auffiel. Deschanel hielt sich immer zu den gemäßigten Republikanern, betonte stets seinen Patriotismus, zeigte sich jedoch weitgehenden sozialen Reformen geneigt. Bereits 1888 wurde er zum erstenmal zum Präsidenten der Kammer gewählt. Bei der französischen Präsidentenwahl im Jahre 1920 siegte er im ersten Wahlgang über Clemenceau. Der langersehnte Würde sollte er sich jedoch nicht

lange erfreuen; im Sommer 1920 fiel er einem geheimnisvollen "Eisenbahnunfall" zum Opfer. Auf das Drängen des Ministeriums hin mußte er dann aufstehen, angeblich wegen völlig serriger Gesundheit. Dies hinderte jedoch nicht, daß er bei den Senatswahlen im Januar 1921 vom Departement Euro-et-Voil in den Senat entsandt wurde. Eine große politische Rolle hat Deschanel, der eigentlich mehr liebenswürdiger Gelehrter als Politiker war, nie gespielt.

Rußland.

2. Lenin operiert. Nach einem soeben erschienenen, u. a. von dem deutschen Professor Borhardt gezeichneten Communiqué ist Lenin am 23. April operiert worden. Es wurde eine Kugel, die er bei dem Attentat der revolutionären Sozialisten im Jahre 1918 erhalten hatte, entfernt. Dabei wurde das Vorhandensein einer tiefen Wunde festgestellt, die die Form eines Kreuzes trug. Die Wunde wurde vernäht und am 27. April konnten die Fäden der Naht bereits wieder entfernt werden. Die Wunde sei, wie mitgeteilt wird, in gutem Zustand und der Kranke befindet sich wohl.

Serbien.

3. 800 Millionen Dollar Kredit für Südbanien. Die serbische Regierung verhandelt über ein neues amerikanisches Anleihe-Angebot von 800 Millionen Dollars zu 8 Prozent Raten bei einem Emissionskurs von 85 Prozent. Die Amerikaner stellen die Bedingung, daß 40 Prozent der Anleihe in Bestellungen nach Amerika vergeben werden.

Bulgarien.

4. Die Reparationsverpflichtungen Bulgariens. Nach der nunmehr erfolgten Entscheidung der Reparationskommission soll Bulgarien binnen zwei Jahren 40 Millionen Goldfrank zu zahlen. Davon sind in diesem Jahre 10 Millionen, im nächsten Jahre 80 Millionen zu entrichten. Die Reparationskommission setzt für die Annahme eines Gesetzes für diese Zahlungen die ultimative Frist bis zum 20. Mai dieses Jahres.

China.

5. Bürgerkrieg in China. In China ist es zu einem Bürgerkrieg zwischen dem nordchinesischen General Schang-tso-lin, der Peking besetzt hält, und dem südchinesischen General Wu-Wei-hu, der von Süden her gegen die Hauptstadt vorgeht, gekommen. An der Front von Machang, etwa 100 Kilometer südlich von Tientsin, bis nach Peking zu, wird fortgesetzt gekämpft. Die britische Gesandtschaft empfahl den Engländern, die außerhalb Pekings wohnen, in die Stadt hineinzukommen.

China.

6. Englisches Blätter melden, daß in der Grafschaft Cork als Repressalie für die Kommunisten in Belfast acht führende Protestanten erschossen wurden.

7. Kaiserin Hita und ihre Kinder werden demnächst nach Spanien reisen, wo sie auf Einladung des Königs ihren Wohnsitz nehmen wollen.

8. Aus den Brandruinen in Malaga wurden bisher 81 Leichen geborgen. Der Brand des Postgebäudes dauert an verschiedenen Stellen fort.

9. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Unabhängigkeit Ägyptens anerkannt.

Das Sinnbild der Jägerkri.

Diana oder St. Hubertus?

Vor einiger Zeit wurde in Jägerkreisen als figürliches Sinnbild der Jägerkri das Hubertuskreuz vorgeschlagen, das von Strahlen umgebene Kreuz, das der Sage nach zwischen dem Gewebe eines weichen Hirches glänzte, den Hubertus, der Sohn des Herzogs von Aquitanien, im Ardennenwald erlegen wollte. Diese Erscheinung soll ihn dann veranlaßt haben, sich geistigem Stande zu widmen. Nachdem er Bischof von Lüttich geworden war, wurde er heilig gesprochen. Nun ist aber dieses Waldwesen doch auf Widerspruch gestoßen und zwar, wie Balz in der "Deutschen Jägerzeitung" mitteilt, aus verschiedenen, sehr beachtenswerten Gründen.

Zunächst hat sich ergeben, daß die Kreuzlegende erst im Jahre 1621, also vor 800 Jahren nach dem Tode des Heiligen, durch den Jesuiten Robertus mit Hubertus in Zusammenhang gebracht wurde. Auch in den älteren Forst- und Jagdwörtern ist an keiner Stelle ein Beweis für die Nichtigkeit der Hubertuslegende gegeben. Nur als Schutzheiliger der Forstjäger galt Hubertus in verhältnismäßig früher Zeit, aber auch nur in den Ardennen, während er dem deutschen Jäger als Jagdherrlicher ganz unbekannt war, wie er denn auch vor dem 19. Jahrhundert in der deutschen Dichtung und Literatur fast gar nicht genannt wird. Dagegen spielt Diana, deren Kult die Germanen von den Kelten und Römern übernommen hatten, schon frühzeitig und bis in die ersten christlichen Jahrhunderte hinein eine wichtige Rolle als Beschützerin der Jäger und des deutschen Waldes. Daher kann man dann wohl mit Recht sie als die eigentliche und erste Hüterin der Jagd betrachten. Schon Hubertus war bestrebt, ihren Kult auszurotten, namentlich im Ardennenwald, wo er ihren Tempel zerstörte und überhaupt jede Erinnerung an sie zu vernichten suchte.

Für die Annahme einer Verbindung der Kreuzlegende mit Hubertus besteht jedenfalls ein viel zu wenig sicherer Untergrund. Schon deshalb, weil man, wie zeigt, die Sage erst im 17. Jahrhundert auf Hubertus bezog, und weil eine allgemeine

Werbung des Glaubens an Hubertus als Jagdherrlichen sogar erst im 19. Jahrhundert erfolgt ist. Sehr wichtig ist aber auch folgende Tatsache: Vorher man nämlich Hubertus als Träger der Kreuzlegende nannte, galt der heilige Gustav als Vertreter, dessen Gebetstag schon seit dem sechsten Jahrhundert am 20. September gefeiert wurde, wird denn auch heute noch manchen Jägerkreisen als der Schutzherr der Jagd betrachtet. So ruht also die Kreuzlegende, insfern als sie mit Hubertus in Zusammenhang gebracht wird, tatsächlich auf schwachen Füßen. Denn als erster Schützer der germanischen Jagd wurde Diana verehrt, und die Kreuzlegende kann aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf Gustavus, nicht aber auf Hubertus bezogen werden.

Astronomische Wunder.

Neue Ergebnisse der Forschertätigkeit. Bereits seit geraumer Zeit ist es die Astronomen der alten Welt schwer, wenn nicht unmöglich, mit ihren amerikanischen Nachkommen Schritt zu halten. Die unbegrenzten Mittel, die in den Vereinigten Staaten für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehen, und die zur Einrichtung von Observatorien geführt haben, denen, was die Leistungsfähigkeit der Niesseninstrumente anbelangt, bei uns nichts an die Seite gestellt werden kann, haben es mit sich gebracht, daß gewisse Leistungen der beobachtenden Astronomie nur noch von amerikanischen Sternwarten erwartet werden können. So liegen jetzt aus der letzten Sitzung der astronomischen Abteilung der American Society for Advancement of Science in Chicago Berichte über drei Vorträge vor, die besonders erwähnenswert sind. Der erste beschäftigt sich mit der Verbesserung einer Erfindung zur Messung der Stern durchmesser, einer Methode, die von dem bekannten Nobelpreisträger Albert Michelson von der Universität Chicago herührt. Seine Entdeckung stützt sich auf die Interferenz des Lichtes. Der Gelehrte wendete seine neue Methode an einen Stern im Bilde des Orion an, dessen Entfernung bereits früher bestimmt wurde. Professor Michelsons Messungen ergaben, daß dieser Stern einen Durchmesser des dreihundertfachen Ausmaßes unserer Sonne und einen Umsfang etwa von der Größe der Marsbahn hat. Stände uns dieser Fixstern so nahe wie die Sonne, so würde er den ganzen sichtbaren Himmel bedecken. Sein Rauminhalt ist 27 000 000 mal so groß wie der der Sonne. Diese Dimensionen lassen die Körper in unserem Sonnensystem winzig klein erscheinen und geben uns einen Begriff von Himmelskörpern, deren Größe bisher unermeßlich und unvorstellbar gewesen ist.

Den Nachweis eines ungeheuren magnetischen Feldes, in dem die Erde liegt, gab Professor Louis Bauer, Regierungs-Sachverständiger der Vereinigten Staaten für astronomischen Magnetismus. Die Versuche erstrecken sich über eine lange Zeit und enthalten Beobachtungen über magnetische Wirkungen bei vier Sonnenintermissionen, vereint mit Aufzeichnungen von verschiedenen Sternwarten der Welt. Die Ströme aus diesem Feld münden in die Erdoberfläche in der Gegend der beiden Pole als negative Wellen und verlassen sie positiv am Äquator, wie bei dem Anker eines Miniaturmagneten. Obgleich Professor Bauer nicht versucht hat, den Ursprung dieser geheimnisvollen Energie zu erklären, ist er der Ansicht, es sei vielleicht eine der auf die geschwinden Entwicklung der Erde hemmend wirkenden Kräfte, die gleichzeitig die Ursache der Höhe des Erdinneren bilden. Er ist von der Existenz elektrischer Ströme, die, außer den seit Jahren bekannten Horizontalströmen, direkt in die Erde hineingehen, fest überzeugt und behauptet, ohne sie könne man den Erdmagnetismus nicht erklären. Mit den bisherigen Theorien und Forschungsergebnissen über den Erdmagnetismus lassen sich diese Ausschauungen freilich nur schwer in Einklang bringen. Vor allem führt man die Höhe des Gravimeters auf die Wirkung des ungeheuren Drucks der Massen zurück, der zur Erklärung völlig ausreicht und keiner besonderen magnetischen Wirkung mehr bedarf. Am übrigen nimmt man nach den Forschungen Vierelands und Strömgrens an, daß das die Erde umgebende magnetische Feld seine Energie von der Sonne erhält, eine Auffassung, die durch die Beobachtung der Sonnenflecke und der von ihnen ausgehenden magnetischen Ströme erläutert ist. Die gesamte, vergangene und zukünftige Lebensdauer der Erde, so erklärt Professor F. R. Moulton von der Universität Chicago, beläuft sich auf Grund seiner Forschungen auf eine Billion Jahre. Nach seiner Ansicht wird uns die Sonne mindestens noch eine Milliarde Jahre Licht und Wärme spenden.

Für oder wider die Todesstrafe. Eine Rechtsbetrachtung. Nach unserem heutigen Recht bestrafen wir das schwerste Verbrechen, den Mord, mit dem Tode. Selbstverständlich ist, daß die Tötung, wie St. G. B. § 211 sagt, vorläufig und mit Überlegung ausgeführt sein muß. Denn nur in diesem Falle sprechen wir überhaupt von Mord, andernfalls nicht. Auch bei der jetzt im Gange befindlichen Strafrechtsreform steht der Kampf der Meisten wieder bestig um die Todesstrafe. Ohne Zweifel ist der § 211 des St. G. B. einer Reform bedürftig und eines unseres verwickelten modernen

Rechtsverhältnissen entsprechenden Ausbaus fähig. Schon die Tatsache, daß wir beim Morde keine mildernden Umstände lassen, ist heute unbelastbar geworden. Hier hätte eine vernünftige und sachgemäße Reform wohl zu allererst eintreten und auch beim Morde Milderungsgründe für den Schuldigen zuzulassen. Aber das ist noch nicht das Entscheidende der Frage.

Der Streit der Juristen geht schon im Grundsatz auseinander. Seit Jahr gab es eine Strömung, die die Todesstrafe als solche überhaupt abschaffen will. Schon Bismarck hatte bei der Gesetzgebung des 21. 3. 19. Entwurfs im Bundestag einen schweren Kampf um die Beibehaltung der Todesstrafe auszuführen. Nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt konnte er den Bundestag für den Norddeutschen Bund und später den Reichstag veranlassen, den § 211 in seiner heutigen Fassung zu genehmigen. Die Bedenken, welche die Gegner der Todesstrafe geltend machen, sind weniger juristisch-wissenschaftlicher, als vielmehr moralischer Natur. Sie beweiseln das ethische Recht der Staatsgewalt, von einem Menschen das Höchste und kostbarste, was er besitzt, sein Leben, als Sühne fordern zu können, trotzdem der Schuldige dies auch in freyenwilliger Weise an einem Unschuldigen getan hat. Man geht hier von dem Grundsatz aus, daß wir Menschen nicht Richter über Leben und Tod sein können, sondern dies einer höheren Gewalt überlassen müssen. Das natürliche Gerechtigkeitsgefühl, das in jedes Menschen gesenkt ist und das Blut dessenigen fordert, der das schwerste und äröste Verbrechen dieser Erde, den Mord, begangen hat, ist vernünftig nicht einwandfrei gerechtfertigt. Gefühl und Verstand können hier zu verschiedenen Wege gehen. Ein weiteres Moment ist das der seelischen Dual, die in der Regel mit der Todesstrafe verbunden ist. Die Zeitspanne, die zwischen dem Urteil und seiner Vollstreckung liegt, ist vielleicht eine härtere Strafe, als der Tod selbst. Wir hängen nun einmal mit allen Fasern unseres Daseins an diesem bishen Leben. Die Strafe dieser seelischen Depression ist aber nicht mit in die Rechnung unserer heutigen Strafereichweitung eingerechnet worden. Auch hier liegt etwas Unwagbares, aber zweifellos ungeheuer Hartes vor, für das die Verantwortung zu übernehmen nicht leicht sein dürfte.

Ganz anders sieht sich die Todesstrafe vom politischen Standpunkt an. Sie ist unbestritten eines der stärksten Vollwerke der Staatsautorität. Ihre Abschaffung wird daher von manchen politischen Kreisen nur befürwortet, um hiermit dem Staat die Macht über Tod und Leben des Einzelnen zu entziehen und so sein Ansehen zu unterminieren. Hier muß die Rücksicht auf den Einzelnen zurücktreten hinter dem Willen zur Macht und Gerechtigkeit der Gesamtheit. Schließlich ist ja die Todesstrafe wohl eine harte, aber doch keine ungerechte Strafe. Die Geschichte aber, beispielweise der französischen Revolution, hat erwiesen, daß gerade von den Elementen, die zuvor am laufenden nach Abschaffung der Todesstrafe riefen, sie dann später, wenn sie selbst die exekutive Gewalt innehaben, am rohesten, willkürlichen und brutalsten gehandelt wird. So scheinen doch die Gründe, die für die Beibehaltung der Todesstrafe sprechen, schwerer zu wiegen, als die, welche dagegen ins Feld geführt werden können.

Heimatliches.

Nastätten, 3. Mai 1922.

— Standesamtssmitteilung für die Zeit vom 1.—30. April 1922. Geburten: 2. — Heiraten: 2; Arbeiter Peter Wilhelm Schmidt und Maria Johanna Hennig, am 8. April; Landwirt Anton August Kratz und Eva Josefine Weis. — Sterbefälle: 2; Landwirt Christian Kaiser, 75 Jahre alt, gestorben am 2. April; Schreinemeister Johann Philipp Heinrich Aufreth, 68 Jahre alt, gestorben am 5. April.

— Personalie. Ein Nastätterer Kind, Kandidat der Theologie Willy Redhardt (Sohn des Schriftstellers Redhardt), hat seine Aufnahmeprüfung am Predigerseminar Herborn mit „sehr gut“ bestanden.

— Gesellenprüfung. Die Schmiedelehrlinge Fritz Gensmann-Braubach, Julius Strack-Reitershain, Heinrich Laubach-Bornich und Michael Groha-Niederlahnstein haben vor der zuständigen Prüfungskommission ihre Gesellenprüfung mit dem Prädikat „Gut“ bestanden.

— Beginn der Weideperiode in Aßholzberg. Wie in früheren Jahren soll auch in diesem Jahr in der ersten Mai-Hälfte die Eröffnung der Weide stattfinden. Manchem mag der Auftrieb noch etwas zu zeitig in diesem Jahr, wo draußen immer noch der Winter mit dem Frühling lämpft, erscheinen, allein Erfahrungen aus früheren Weideperioden sprechen dafür, daß die Weide so früh wie möglich besetzt werden muß, wenn dieselbe zur vollen Ausnutzung kommen soll. Gegen weitere kühle Witterung, wie gegen kalte Nächte bietet die Halle Schutz. Allerdings ist es zweckmäßig, daß die Besitzer ihre Weidetiere durch Bewegenlassen im Freien und entsprechende Fütterung auf die Weide vorbereiten. In erster Linie muß der baldige Auftrieb auch deshalb erfolgen, weil sonst das Weidesfutter im Vorsommer zu alt wird, geringen Nährwert hat und von den Tieren ungern genommen wird. Auf die Vorteile des Weidegangs hinzuweisen, dürfte an dieser Stelle zu weit führen. Angenommen werden 34 Tiere. Das Weidegeld ist gegenüber anderen Weiden ziemlich niedrig bemessen, natürlich darf der Ein-

zelne dabei nicht an die Kriegszeiten denken, sondern an die Geldentwertung und besonders an die Rüttelmittelpreise. Der Ansicht mancher Landwirte, die vielleicht ein wirklich gutes Stück Vieh, das einmal ein gutes Rütteltier zu werden verspricht, nur des Weidegeldes halber von der Weide fernhalten und glauben, daß trotz der sehr schlechten Aussichten für Klee das eine Tier auch noch neben den anderen mit durchzubringen sei, muß heute noch weit mehr wie früher entgegengetreten werden, heute in der Zeit der hohen Rüttelmittelpreise, wo nur nach Leistung gefüttert werden müßte und wo der alte Erfahrungssatz immer noch Gültigkeit hat, der da lautet: „Ketabel ist wenig Vieh bei entsprechender Fütterung, unrentabel viel Vieh bei mäßiger oder gar geringer Fütterung.“

— Bienenzucht. Die Aussichten für ein gebedliches Bienenzahl sind sehr sehr trübe. Nicht allein, daß der langdauernde Winter auf vielen Ständen die Ruhe gebracht und viele Opfer gefordert hat, auch die glücklich durchgebrachten Böller sind sehr weit in der Brutentwicklung zurück. Das macht der ungewöhnliche Nachwinter des April. Draußen in der Natur kann die Maienonne mit ihrer steigenden Kraft noch manches wieder einholen. — Aber im Bienenzellen gibt es keine Schnellreiberei. Da dauert es 3 Wochen bis aus dem Ei das Bienlein geboren ist und wiederum 3 Wochen bis das Bienlein auf Tracht fliegt. Da wird es also Juli, bis die Böller an Jungbienen stark sind und dann ist die Hauptblütezeit vorbei und der Tisch nur spärlich gedeckt. Also verfügte und schmunzelnde Gesichter wird man am nächsten Sonntag bei der Sektions-Versammlung in Nastätten nicht sehen, aber die Bienenzucht ist uns ja nicht blos Geschäft, sie ist vielmehr noch Passion, und Passion kommt aus innerem Zwange und hält Kreue.

— Reichs-Einkommensteuer. Kann das Finanzamt eine Buchführung verwerfen, die den handelsrechtlichen Vorschriften nicht entspricht? Antwort: Nein. Gewerbetreibende, welche keine Bilanzen und Inventuren aufstellen, haben volle Berechtigung, ihre Buchführung lediglich nach ihren eigenen Bedürfnissen einzurichten. Die Steuerbehörden sind verpflichtet, diese Buchführung, falls sie richtig und ordnungsmäßig ist, unbedingt und voll zu berücksichtigen. Jeder angebotene Bücherbeweis ist sorgsam zu prüfen. (Ober-Berw.-Ger.)

— Miehlen, 3. Mai. Sonntag Abend, den 14. Mai, hält die Feuerwehr in ihrem Vereinslokal „Nassauer Hof“ ihre Winterfeierlichkeit ab. Da der Erlös zur Anschaffung von nötigen Ausrüstungsstücken verwandt werden soll, ist ein starker Besuch zu erwarten.

— Hunzel, 3. Mai. Unser noch junger Turn-Verein gibt am Sonntag, den 7. Mai einen seiner beliebten Unterhaltungsauftritt mit Verlosung im Gasthaus Neffendorf. Zum Ton wird die Wochentypen aufspielen.

— Niederlahnstein, 3. Mai. Die Wahl des Herrn Wilhelm Rütschen zum Bürgermeister der Stadtgemeinde Niederlahnstein auf die Dauer von 12 Jahren ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

— Aus Nassau, 2. Mai. Nach einer statistischen Nachweisung haben im Jahre 1921 insgesamt 3832 ha Weinbergland im Regierungsbezirk Wiesbaden 2888 ha im Ertrag gestanden.

— Biebrich, 1. Mai. In der Wiesbadener Allee war ein Dienstmädchen mit Wäschelochen beschäftigt. Während es die Wäsche in dem Kessel herumrührte, schlügen die Flammen aus der offenen Feuerung und setzten seine Kleider in Brand. Die Hilfe geleistet werden konnte, waren die Kleider schon verbrannt. Herzliche Hilfe war schnell zur Stelle, doch hatte das Mädchen so schwere Brandwunden erlitten, daß es im Krankenhaus starb.

— Mainz, 2. Mai. Die Havasagentur verbreitete folgende Meldung: Heute vormittag ereignete sich bei dem Maifestzug ein schwerer Zwischenfall, bei dem Opfer ein Hauptmann der amerikanischen Armee wurde. Ein Zug Manifestanten kam die Rheinstraße hinauf, als infolge einer unglücklichen Wendung das Auto des amerikanischen Hauptmanns in die Menge hineinführte. Der Schaffeur hielt sofort an, aber das Auto wurde alsdann von Manifestanten umringt, die sich auf das Trittbrett schwangen. Der Hauptmann, der sich bedroht glaubte, zog seinen Revolver. Ein Manifestant versuchte, ihn zu entwaffnen, dabei ging ein Schuß los und der Offizier sank, in die Schulter getroffen zusammen. Der Schaffeur, der dem Offizier zu Hilfe eilen wollte, wurde von der Menge schwer mishandelt. Die französische Gendarmerie hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

— Frankfurt, 2. Mai. Der berüchtigte Geldschränkner und Ausbrecher Karl Spang aus Wiesbaden, hatte kürzlich einen Raubmord verübt. Spang, der seitdem steckbrieflich verfolgt wurde, wurde am Montag in Berlin verhaftet. — Die gleiche Bande internationaler Diebinde, die die lebte Einführungsmesse unsicher machte, arbeitete seit einigen Tagen mit staunenswerten Erfolgen in den Straßenbahnen. Nach polizeilichen Mitteilungen wurden im Zeitraum einer Woche Fahrgäste, etwa 30 goldene Uhren gestohlen.

— Homburg, 1. Mai. Der Wunderdoktor Müller-Eggers ist hier am letzten Freitag infolge einer Blasenoperation im Krankenhaus gestorben. In seinem Nachlass fand man ein Vermögen von über einer Million, zum Teil in noch uneröffneten

Ginschreibbriefen, die beim Wunderdoktor für „Kernheilungen“ zugegangen waren.

— Spd. Limburg, 2. Mai. Der Nassauische Landgemeindebund hält hier unter starker Beteiligung seine diesjährige Versammlung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der Entwurf der neuen preußischen Landgemeindeordnung. Die Versammlung legte in einer Entschließung Protest gegen die beabsichtigte zwangswise Einrichtung einer Landbürgermeisterei nachdrücklich Verwahrung ein, weil man der Aussöhnung ist, daß dadurch die Gegensätze zwischen Stadt und Land noch mehr als bisher verschärft werden. Außerdem verhindert die Verordnung gegen die den Nassauern verbrieften Rechte bei der Besitzübernahme Nassaus durch Preußen im Jahre.

Vermischtes.

— Schwere Explosion im Münsterlager. Im Münsterlager, wo eine neue Anlage zur Verstärkung von Grünkreuzgas errichtet worden war, ereignete sich eine schwere Explosion. Als die Anlage zum erstenmal in Betrieb genommen werden sollte, explodierte die ganze Anlage. Rohrleitungen, Vorrichtungen usw. wurden völlig zerstört. Mehrere Arbeiter wurden bei dem Unglück, das großen Schaden anrichtete, verletzt und einer wurde getötet.

— Die auswanderungslustigen Sachsen. Nach amtlichen Feststellungen sind im Jahre 1920 6100 Personen aus Sachsen ausgewandert, im Jahre 1921 dagegen 8529.

— Grubenexplosion in Siebenbürgen. In den Kohlengruben von Lupeni in Siebenbürgen ereignete sich eine große Explosion, die über 100 Opfer gefordert haben soll.

— Die Danziger Werstleibstähle. Seit Jahren ist die Danziger Werft und auch andere Betriebe von ihren Arbeitern jährlich um Millionen an Metallen bestohlen worden. Hunderte von Arbeitern sind deswegen entlassen und der Staat anwaltschaft übergeben worden. Trotzdem hielten die Diebstähle weiter an. Nunmehr ist von der Kriminalpolizei festgestellt worden, daß waggonweise Diebstähle vorliegen. Als Hauptabnehmerin kommt eine Althändlerfirma Goldberg in Frage, bei der gestohlene Werte in Höhe von 850 000 Mark entdeckt wurden. Als Kuriosum sei bemerkt, daß diese Firma die gestohlenen Metalle wieder an die Werft zurückverkauft hat.

— Der älteste deutsche Lehrer gestorben. Zum 100. Lebensjahr starb der älteste deutsche Lehrer, Emanuel Jungius in Berlin. Die kleine Stadt Nastitz in dem an Polen abgetrennten Teil der Provinz Posen, wo er 62 Jahre gewirkt hatte, mußte er im Herbst 1921 mit seiner 80jährigen Gattin verlassen, um den Abend seines Lebens in der Reichshauptstadt zu beenden.

— Schweres Unglück in einem Kinderheim. In einem Schlafsaal des städtischen Kinderheims „Krippe“ in Neumünster (Schleswig-Holstein) haben fünf Kinder durch Gasvergiftung den Tod gefunden. Ein sechstes Kind ist noch in Lebensgefahr. In dem Schlafzimmer, wo sich das entzündliche Unglück zutrug, befand sich ein Gasofen, der in der letzten Zeit nicht mehr benutzt worden war. Man hatte den Gasofen von dem Abzugsrohr getrennt, so daß dort Gas entweichen konnte; ein Sahn zu dem Ofen stand offen.

— Schiffsataktrophe in der Straße von Galata. Im Aermelkanal erlitt ein französischer 8000 Tonnendampfer Schiffsbruch bei hohem Seegang. Der Dampfer wollte eine Kohlenladung von Rotterdam nach dem französischen Hafen Brest befördern. Von der aus 82 Köpfen bestehenden Besatzung ist nur ein einziger durch einen griechischen Dampfer gerettet worden. Das Schiff sank in wenigen Minuten.

— Tragisches Ende eines Detektivschrifstellers. Der Schriftsteller der „Die Carter“-Romane, Renfalleaden, der in seinen Werken, deren Zahl weit über 1000 vergriffen, erfolgreich mit den zahllosen „Sherlock Holmes“-Geschichten konkurrierte, hat sich in einem New Yorker Hotel erschossen. Der fruchtbare Schriftsteller hat mit seinen Einfällen fast die gesamte Produktion der amerikanischen Filmmanuskriptproduktion beherrscht.

— Das Schicksal einer Schauspielerin. Die auch in Deutschland bekannte Schauspielerin Helene Dillon teilt den Wiener Zeitungen mit, daß sie am Abend in Wiener Bars und Restaurants betteln gehen wird mit einer Aufschrift auf dem Hut: „Helene Dillon, die bekannte Wiener Schauspielerin, gelähmt, spielt ihre letzte Rolle als Bettläuferin, um dem Verhungern zu entgehen.“

— Privatisierung des Funkenverkehrs in Österreich. In Wien hat sich eine drohende Verkehrsgefechtschaft gegründet, welche die Übernahme des gegenwärtig mit großem Defizit arbeitenden staatlichen Funkdienstes und die Aufstellung mehrerer Röhrensender auch für den Verkehr mit Wien durchführen wird. Die Gesellschaft wird auf rein wirtschaftlicher Basis geführt werden und der Staat wird das Defizit, welches er bisher bei dem Funkenverkehr hatte, nicht mehr haben, sondern von der Gesellschaft einen jährlichen Anteil bis zu 1 Milliarde Kronen erhalten.

— Gewitter werden angekündigt, obwohl wir bisher noch sehr wenig vom Frühling gehabt haben. Wir wollen aber daran erinnern, daß sich schon im Februar wiederholte elektrische Entladungen zeigten, die auf Unbeständigkeit und jähre Schwankungen in den Temperaturen hindeuteten.

Hoffentlich erfüllen sich die Hoffnungen noch, daß ein Gewitterjahr fruchtbar ist, denn bisher laufen die Saatensäuberlichkeiten nicht günstig, was nach dem strengen Winter nicht zu verwundern ist. So war es zuletzt aber auch 1917, und der Saatensäuberlichkeitszettel sich nachher doch sehr schnell.

— Liebe Gäste im Garten. An einer Ecke des Gartens hat sich welles Laub zwischen den Blätterbüscheln verfangen und, da sie nicht dorthin zu gelangen ist, so bleibt es liegen. Niemand bemerkte sich darum. Bis eines Abends eine wohllautende, wehrtüttige, schluchzende Töne aus dem vom ersten Grün überschimmerten Gebüsch hervorkommen, die leußen, klagen und jublein, wie ein Menschenherz in der stillen Brust. Es ist die Stimme der Nachtigall, die schon viele gehört haben, aber die wenigen kennen und auch nicht erkennen würden, wenn sie hören in ihrem schlichten Gewand, das keine Spur von der gottgeebneten Sängerin im Federkleide zeigt. Da macht sich der Meister hink viel stattlicher. An der Nachtigall ist also nichts zu sehen, und darum soll man sie auch nicht suchen und hören. Was man tun kann, das ist, ihr ein kleines Gefäß mit frischem Wasser hinzustellen und wildende Löwen vom Neste fern zu halten. Dann wird sich ohne eigenes Nutzen schon mal Gelegenheit bieten, die Sängerin zu sehen, denn die Nachtigall ist sehr neugierig. Die schönen Abende und Nächte haben ihre Lieder noch eingeschränkt. Ist es erst wärmer, so läßt sie sich in Wohlensäumen von etwa neun Uhr abends bis zur Dämmerung in der Frühre hören. Und wer aus dem Schlaf erwacht und sie schlagen hört, der lauscht still. Die Sprache des Herzens, alle Lenzfreude und Leidenschaft überträgt sie in Musik. Die Fabrikanten der modernen Tanzweisen haben wohl nie eine Nachtigall singen hören!

— Schulgeld und Berufsausbildung. Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Das Gewerbelehrerdienstesmensegesetzbuch geht davon aus, daß die Berufsausbildung des gewerblichen Nachwuchses eine Aufgabe ist, die den Berufstand als Ganzes trifft. Deshalb sind, wie der Handelsminister in einem Erlass betont, zur Errichtung von Schulbeiträgen nicht nur die Arbeitgeber und Pflichtschüler und Schülerrinnen heranzuziehen, sondern auch diejenigen Gewerbetreibende, von denen anzunehmen ist, daß ihnen bei der Beschäftigung erwachsener Arbeiter später deren verbesserte Ausbildung an der Berufsschule zufallen kommt. Besteht nun für einen Teil der jugendlichen Arbeiter, beispielsweise für die weiblichen, keine Berufsschulpflicht, so entfällt insofern die Veranlassung für die Schulbeiträge zur Leistung von Schulbeiträgen.

— Ursachen und Wirkungen. Die Verfolgungsgebührnisse infolge des Krieges sollen im laufenden Jahre 8747 451 000 Mark betragen. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf 1 161 524 900 Mark. Also 8 Milliarden Unterstützungen und 1 Milliarde Verwaltungskosten! Billiger ist es heutzutage ancheinend gar nicht zu machen. Dafür warten dann die Verfolgungsberechtigten um so länger auf die Rentenbeschleidigung. In den Verfolgungskrankenhäusern und orthopädischen Verwaltungskliniken für Kriegsbeschädigte verursacht die Verpflegung und Behandlung der Kranken einen Aufwand von 78 Millionen Mark. Die Verwaltungskosten betragen rund 140 Millionen, also beinahe das Doppelte!

Handel und Verkehr.

— Deutschlands passive Handelsbilanz. Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im März hat im Spezialhandel betragen: die Einfahrt 26,4 Millionen Doppelzentner im Wert von 22,9 Milliarden Mark, die Ausfuhr 21,5 Millionen Doppelzentner im Wert von 21,3 Milliarden Mark, das bedeutet einen Einfuhrüberschuss von 1,6 Milliarden Mark. Unter den eingeführten Waren ist die stärkste Zunahme bei den Rohstoffen eingetreten und bei den Halbfabrikaten; hierbei sind insbesondere beteiligt Kohle, Eisen, tierische und pflanzliche Spinnstoffe, Röntgen, Hämte und Felle, Nahaufen, ferner Kupfer, Blei, Zinn, Nickel. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln weist im ganzen ebenfalls eine Steigerung auf. Eine Ausnahme macht jedoch Brotgetreide, wovon wiederum geringere Mengen als im Vorjahr eingeführt wurden. Bei der Ausfuhr haben mengengemäß am stärksten die Rohstoffe und halbfertigen Waren zugewonnen. Der Wertsteigerung nach stehen allerdings die Fertigwaren weit an der Spitze.

Eingehandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die preisgelehrte Verantwortung.)

Miehlen, den 2. Mai 1922.

Dem Einsender des Artikels in Nr. 50 dieses Blattes sei folgendes kurz erwidert: In unserer Volksschule ist die lateinische Sprache noch nicht eingeführt, wir haben also kein Verständnis für diese Worte; nebenbei bemerkt sind wir mit der deutschen Sprache voll und ganz zufrieden. Wenn ihm die Eier in Marienfels und Miehlen zu teuer sind, dann überlassen er doch uns das Eiherdern, wir können sie auch vertragen. Sonderbar ist es wohl, daß er die Gastfreundschaft der Miehler in Anspruch nimmt, und dann dazu fähig ist, einen solchen Artikel niederschreiben. Das möchte ihm noch zur Verhügung dienen, daß er sich weiter sein Kopfschreib machen soll, über die weiteren Strophen des Miehler Gedichts, daß er zur Abschrift empfiehlt; wenn auch nur Volksschulbildung, bei Bedarf können wir schon aushelfen.

W. und U.

